Dokumentationspunkt

16. Dezember 2025

Formale Anfrage zur neutralen institutionellen Weiterleitung eines verfahrensorientierten Dokuments

Originaldokument nachfolgend archiviert.

———

Originaltext

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wende mich an Sie mit einer rein formalen Anfrage, die ausdrücklich keine rechtliche oder inhaltliche Beratung betrifft.

Es geht ausschließlich um die anonymisierte, sachliche Weiterleitung eines verfahrensorientierten Dokuments per E-Mail an einen klar definierten Adressatenkreis.

Der anwaltliche Beitrag würde sich darauf beschränken,
– als neutraler formaler Übermittler aufzutreten und
– die zeitgleiche bzw. in einem Versandlauf erfolgende E-Mail-Weiterleitung an die folgenden Empfänger zu übernehmen:

– die Parteivorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien (SPD, CDU, CSU, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, Die Linke)
– die Parteivorsitzenden der FDP
– die Präsidentin / den Präsidenten des Deutschen Bundestages
– den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Insgesamt handelt es sich damit um neun (9) gleichrangige institutionelle Adressaten.

Eine Briefzustellung ist nicht erforderlich.
Die Weiterleitung per E-Mail mit Versandnachweis (Kanzlei-Ausgang) ist vollständig ausreichend; Empfangsbestätigungen werden – soweit eingehend – dokumentiert.

Eine inhaltliche Prüfung, Bewertung oder rechtliche Einordnung des Dokuments ist ausdrücklich nicht gewünscht.

Der Weg über eine Kanzlei wird bewusst gewählt, um
– die Nicht-Personalisierung des Absenders zu wahren und
– eine formale, gleichbehandelte Zustellung an alle Adressaten sicherzustellen.

Umfang:
ein (1) kurzes Anschreiben + ein (1) Dokument (inkl. Annex) zur Weiterleitung an neun (9) Empfänger.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir auf dieser Grundlage mitteilen könnten,
ob und zu welchen Konditionen Sie einen derart klar abgegrenzten Übermittlungsvorgang übernehmen würden.

Mit freundlichen Grüßen

———

———

TEIL 2

Anschreiben an Parteien / Bundestag / Bundespräsident

Betreff:
Offenes Verfahrensangebot zur nicht-eskalierenden Entscheidungs- und Verhandlungsführung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben übersende ich Ihnen ein verfahrensorientiertes Dokument, das ausdrücklich keine politische Position, keine Forderung und keinen Appell darstellt.

Der beigefügte Text beschreibt ein offenes, nicht bindendes Verfahrensangebot, das aus zivilgesellschaftlicher Perspektive entwickelt wurde und darauf abzielt, Entscheidungs- und Verhandlungsprozesse unter hoher Unsicherheit strukturell zu entlasten.

Das Dokument
– bewertet keine aktuellen politischen Entscheidungen,
– adressiert keinen konkreten Konflikt,
– weist keine Schuld oder Verantwortung zu,
– und ersetzt weder parlamentarische Verfahren noch demokratische Entscheidungsmechanismen.

Dieses Schreiben geht zeitgleich an
– die Parteivorsitzenden von SPD, CDU, CSU, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, Die Linke sowie FDP,
– die Präsidentin / den Präsidenten des Deutschen Bundestages,
– und den Bundespräsidenten.

Der beschriebene Verfahrensrahmen ist ausdrücklich nicht parteigebunden und versteht sich als parteiübergreifend anschlussfähig.

Es wird keine Stellungnahme, Zustimmung oder Reaktion erwartet.
Dieses Schreiben dient ausschließlich der Kenntnisnahme.

Sollte ein solches Verfahrensprinzip – intern, ergänzend oder experimentell – jemals als hilfreich erachtet werden, steht es frei und unverbindlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Signatur 0

Einreichung an die Vereinten Nationen

Vorschlag eines nicht-eskalierenden Verhandlungsrahmens
für multilaterale Institutionen

Eingereicht als offener verfahrensorientierter Beitrag
(nicht bindend, nicht politisch, nicht verpflichtend)

———

1. Zweck dieser Einreichung

Dieses Dokument schlägt einen verfahrensorientierten Rahmen zur Unterstützung multilateraler Verhandlungen unter Bedingungen hoher Unsicherheit, geopolitischer Spannung oder humanitären Risikos vor.

Es:

– adressiert keinen spezifischen Konflikt,
– bewertet keine Verantwortung oder Rechtmäßigkeit,
– ersetzt keine bestehenden Mandate, Satzungen oder Entscheidungsbefugnisse.

Sein alleiniger Zweck ist es, eine strukturelle Methode anzubieten, die Dialog, Lernen und geteilte Verantwortung ohne Eskalation ermöglicht.

———

2. Begründung

Erfahrungen internationaler Institutionen zeigen, dass Verhandlungen häufig nicht an unvereinbaren Positionen scheitern, sondern an:
– gleichzeitiger, konfrontativer Kommunikation,
– moralischer Zuschreibung von Absichten,
– Gesichtsverlust-Dynamiken,
– dem Fehlen reversibler Lernprozesse.

Diese Dynamiken sind verfahrensbedingt, nicht politisch.

Der vorliegende Vorschlag konzentriert sich daher ausschließlich auf Prozessarchitektur, nicht auf Inhalte.

———

3. Kernprinzip: Sequenzieller deliberativer Abgleich

Positionen werden nicht gleichzeitig konfrontiert,
sondern nacheinander behandelt,
unter explizitem Bezug auf den vorhergehenden Beitrag.

Dies transformiert Verhandlung von Konfrontation zu Abgleich.

Verfahrensregeln:
1. Beiträge erfolgen einzeln in festgelegter Reihenfolge.
2. Jeder Beitrag bezieht sich ausdrücklich auf den unmittelbar vorhergehenden Beitrag.
3. Wiederholung ohne Bezugnahme gilt nicht als Fortschritt.

Ziel ist Klärung von Wirkungen, nicht Überzeugung.

———

4. Strukturelle Trennung von Aussagen

Jeder Beitrag wird getrennt in:
1. Position – Was wird vertreten?
2. Begründung – Warum?
3. Angenommene Wirkung – Welche Folgen werden erwartet?

———

5. Optionale Rolle künstlicher Intelligenz

KI kann ausschließlich als verfahrensunterstützendes Instrument eingesetzt werden, nicht als Entscheidungsträger.

Erlaubt:
– Reihenfolgensteuerung
– Dokumentation
– Bezugssicherung

– Nachvollziehbarkeit

Ausgeschlossen:
– Bewertung
– Priorisierung
– Empfehlung
– Entscheidungsfindung

———

6. Transparenz und Nachvollziehbarkeit

Dokumentation dient:
– Sichtbarkeit von Argumentationsketten
– Nachvollziehbarkeit von Positionsänderungen
– Klärung angenommener Wirkungen

———

7. Umgang mit Ethik

Ethik definiert Grenzen des Erlaubten, nicht Instrumente der Durchsetzung.
Moralische Zuschreibungen sind kein Bestandteil des Verfahrens.

———

8. Lernen und Revidierbarkeit

Alle Beiträge sind vorläufig.
Korrekturen sind ohne Reputationsverlust zulässig.

———

9. Umgang mit Missbrauch

Missbrauch wird nicht verhindert, sondern sichtbar und selbstbegrenzend.

———

10. Verhältnis zu bestehenden Verfahren

Das Verfahren:
– läuft parallel,
– verändert keine Mandate,
– erfordert keine Reform.

———

11. Zielsetzung

Reduktion von Eskalation,
Erhalt von Dialog,
Wahrung menschlicher Würde.

———

Abschlusserklärung

Dieses Dokument ist ein offenes Verfahrensangebot.
Annahme oder Ablehnung sind freiwillig.

Annex

Nicht verhandelbare Ausschlüsse und No-Go-Bedingungen

1. Keine Delegation von Entscheidungsautorität an KI
2. Keine bindenden Ergebnisse
3. Keine moralische Zuschreibung oder Schuldzuweisung
4. Keine Instrumentalisierung für politischen Gewinn
5. Keine exklusive Kontrolle der Verfahrens-KI
6. Keine Sanktionierung von Korrekturen
7. Keine Intransparenz über Notwendigkeit hinaus
8. Keine Beschleunigung unter Druck
9. Kein Ausschluss durch Verfahren

Jede Anwendung, die diese Ausschlüsse verletzt, ist per Definition keine Anwendung dieses Verfahrens.

B1

Submission to the United Nations

Proposal of a Non-Escalatory Negotiation Framework for Multilateral Institutions

Submitted as an open procedural contribution
(Non-binding, non-political, non-mandatory)

———

1. Purpose of this Submission

This document proposes a procedural framework intended to support multilateral negotiations under conditions of high uncertainty, geopolitical tension, or humanitarian risk.

It does not:

- address any specific conflict,
- assess responsibility or legality,
- replace existing mandates, charters, or decision-making authorities.

Its sole purpose is to offer a structural method that enables dialogue, learning, and responsibility-sharing without escalation.

———

2. Rationale

Experience across international institutions indicates that negotiations often stall or escalate not primarily due to irreconcilable positions, but due to:

- simultaneous, adversarial communication,
- moralized attribution of intent,
- loss-of-face dynamics,
- and the absence of reversible learning processes.

These dynamics are procedural rather than political.

This proposal therefore focuses exclusively on process architecture, not content.

———

3. Core Principle: Sequential Deliberative Alignment

The framework is based on a single core principle:

Positions are not confronted simultaneously, but addressed sequentially,
with explicit reference to the preceding contribution.

This transforms negotiation from confrontation into alignment.

Procedural Rules

1. Contributions are made one at a time, in a defined sequence.
2. Each contribution must explicitly reference the immediately preceding contribution.
3. Repetition of a position without such reference does not advance the process.

The objective is clarification of effects, not persuasion.

———

4. Structural Separation of Statements

Each contribution is structured into three distinct components:

1. Position – What is being proposed or defended.
2. Rationale – Why this position is held.
3. Anticipated Effects – Expected consequences for affected populations, systems, or future developments.

This separation increases clarity and reduces interpretive conflict.

———

5. Optional Role of Artificial Intelligence

An artificial intelligence system may be employed solely as a procedural facilitator, not as a decision-maker.

Permitted functions:

- managing speaking order,
- enforcing reference to prior contributions,
- structuring and documenting submissions,
- ensuring public traceability where appropriate.

Explicitly excluded functions:

- evaluation of content,
- prioritization of positions,
- formulation of recommendations,
- decision-making of any kind.

The AI functions exclusively as a neutral procedural instrument.

———

6. Transparency and Public Traceability

Where compatible with existing confidentiality rules, proceedings may be documented to ensure:

- visibility of reasoning chains,
- traceability of position changes,
- clarity of anticipated effects.

Transparency serves accountability, not public judgment.

———

7. Treatment of Ethical Considerations

Ethical norms define the boundary of what is permissible, but are not used as instruments of enforcement within the procedure.

The framework avoids moral attribution to actors while maintaining explicit visibility of human impact and systemic consequences.

———

8. Learning and Reversibility

All contributions are considered provisional.

The framework explicitly allows:

- revision of positions,
- correction of assumptions,
- adaptive response to new information,

without reputational penalty.

Learning is treated as a strength, not a concession.

———

9. Handling of Procedural Misuse

The framework does not preemptively prevent misuse.

Instead, it ensures that:

- procedural inconsistencies,
- non-responsive positioning,
- or strategic obstruction

become visible and self-limiting through loss of procedural alignment.

No sanctions or exclusions are imposed.

———

10. Relationship to Existing UN Processes

This framework:

- may operate in parallel to existing negotiations,
- does not alter voting rules or mandates,
- does not require institutional reform.

It functions as a supplementary deliberative space, activated voluntarily.

———

11. Intended Outcome

The framework aims to:

- reduce escalation dynamics,
- preserve dialogue under strain,

- maintain decision openness where lives are affected,
- and support institutions in fulfilling their mandate to protect peace and human dignity.

———

Closing Statement

This submission constitutes an open procedural offer.

It invites institutions to experiment with a negotiation structure that emphasizes:
- responsibility over attribution,
- learning over positioning,
- and continuity of dialogue over symbolic victory.

Adoption or non-adoption carries no obligation and no implied judgment.

———

———

B2

Submission via NGOs / Observer Status

Open Procedural Proposal for Non-Escalatory Multilateral Dialogue

Submitted by civil society actors
For consideration by international institutions and multilateral forums

———

1. Context of Submission

This document is submitted via civil society organizations and observers, not by states or political actors.

Its intention is to contribute a procedural reflection developed outside governmental power structures, based on:
- historical observation,
- systems thinking,
- and practical experience with dialogue breakdown and escalation.

It does not represent:
- a political position,
- a state interest,
- a peace plan,
- or a demand for action.

It represents an offer of method, made in good faith.

———

2. Motivation

Civil society organizations frequently witness the consequences of failed dialogue:
- humanitarian crises,
- long-term trauma,
- erosion of trust,

- and normalization of violence.

At the same time, many institutions already possess:
- legitimacy,
- expertise,
- and mandates to act.

What is often missing is a procedural space in which dialogue can continue without blame, escalation, or loss of dignity.

This proposal addresses that gap.

———

3. Nature of the Proposal

This document proposes a non-binding, voluntary negotiation framework designed to:
- reduce escalation,
- preserve dialogue under stress,
- and support responsible decision-making where human lives are affected.

It is:
- content-neutral,
- actor-neutral,
- and conflict-neutral.

———

4. Core Procedural Principle

The framework is built on a single guiding principle:

Dialogue proceeds sequentially,
with each contribution explicitly responding to the previous one,
focusing on effects rather than intentions.

This structure:
- slows escalation,
- reduces misinterpretation,
- and restores relational continuity.

———

5. Structural Elements

5.1 Sequential Contributions
- Statements are made one at a time.
- Each statement references the immediately preceding contribution.
- Repetition without reference is documented but not prioritized.

5.2 Separation of Content
Each contribution is structured into:
1. Position
2. Rationale
3. Anticipated Effects

This separation improves clarity without judgment.

———

6. Optional Procedural Facilitation by Artificial Intelligence

An AI system may be used only as a procedural assistant to:

- manage sequence,
- ensure reference continuity,
- document contributions transparently.

The AI:

- does not evaluate,
- does not decide,
- does not recommend,
- and holds no authority.

Its role is strictly technical and neutral.

———

7. Transparency and Trust

Where compatible with institutional rules, documentation of the process may be made accessible to ensure:

- traceability of dialogue,
- visibility of learning,
- and protection against misrepresentation.

Transparency is understood as a trust-building measure, not a tool of exposure.

———

8. Ethics and Human Impact

The framework avoids moral attribution or blame.

However, it explicitly keeps human impact and systemic consequences visible within each contribution.

Ethics serve as:

- a boundary of responsibility,
- not a weapon of enforcement.

———

9. Learning and Reversibility

All statements are provisional.

The framework explicitly allows:

- revision,
- correction,
- and adaptation,

without reputational penalty.

This protects dignity and encourages honesty.

———

10. Safeguards Against Misuse

The framework does not rely on exclusion or sanction.

Instead:

- non-cooperative behavior,
- obstruction,
- or instrumentalization

become visible through loss of procedural alignment and public traceability.

Misuse therefore becomes self-limiting.

———

11. Relationship to Institutional Processes

This framework:

- does not interfere with formal negotiations,
- does not alter mandates or voting rules,
- and requires no institutional reform.

It can be used:

- experimentally,
- temporarily,
- or in parallel to existing processes.

———

12. Intended Contribution

Civil society submits this framework in the conviction that:

- dialogue is a shared responsibility,
- procedures shape outcomes,
- and learning without humiliation is essential for peace.

This proposal is offered without expectation of adoption.

———

Closing Note

This submission is made in the spirit of support, not critique.

It seeks to strengthen existing institutions by offering a procedural option that may help preserve dialogue where it is most fragile.

Its value lies not in authority, but in applicability.

———

———

B3

Annex – Non-Negotiable Exclusions and No-Go Conditions

(Safeguards for Trust, Neutrality, and Non-Instrumentalization)

———

1. No Delegation of Decision Authority to Artificial Intelligence

Artificial intelligence systems must not:

- make decisions,
- evaluate positions,
- prioritize contributions,
- generate recommendations,
- determine outcomes,
- interpret intent or moral standing.

Any form of automated decision-making constitutes a violation of this framework.

AI is limited strictly to procedural facilitation.

———

2. No Binding Outcomes

The procedure must not:

- produce binding resolutions,
- replace formal negotiations,
- pre-empt political, legal, or diplomatic authority,
- create implicit obligations for participants.

All outcomes remain non-binding and provisional.

———

3. No Moral Attribution or Blame Assignment

The framework must not be used to:

- assign guilt,
- attribute moral superiority or inferiority,
- legitimize punitive narratives,
- frame participation as moral compliance.

Ethical considerations define boundaries of responsibility, not instruments of enforcement.

———

4. No Instrumentalization for Political Gain

The procedure must not be used to:

- claim ownership of outcomes,
- establish symbolic leadership,
- generate reputational advantage,
- support partisan or national narratives.

Initiation of the procedure does not confer authority, priority, or authorship.

———

5. No Exclusive Control of the Procedural AI

No single actor, institution, state, or organization may:

- control the procedural AI,
- restrict its configuration,
- monopolize its operation,
- prevent substitution or parallel use.

Artificial intelligence used within the framework must remain fully interchangeable.

———

6. No Suppression of Revisions or Corrections

Participants must not be penalized for:

- revising positions,
- correcting assumptions,
- acknowledging errors,
- adapting to new information.

Any procedure discouraging correction or learning is incompatible with this framework.

———

7. No Secrecy Beyond Institutional Necessity

The procedure must not:

- conceal procedural steps,
- obscure sequences of contributions,
- prevent traceability of reasoning,
- selectively disclose documentation.

Confidentiality may apply only where institutionally mandated, never as a strategic device.

———

8. No Acceleration Under Pressure

The framework must not be accelerated to:

- force convergence,
- manufacture urgency,
- extract concessions,
- exploit crisis dynamics.

Time pressure must never override procedural integrity.

———

9. No Exclusion Through Procedure

The framework must not be used to:

- indirectly exclude participants,
- delegitimize positions procedurally,
- create de facto barriers to participation.

Loss of procedural alignment results only from observable behavior, not judgment.

———

10. Principle of Self-Limiting Misuse

Any attempt to violate these exclusions:

- invalidates the procedural legitimacy of the attempt,
- reduces its own credibility,
- and becomes visible through transparency.

No external sanction is required.

———

Closing Clarification

These No-Go conditions exist to ensure that:

- power cannot hide behind procedure,
- technology cannot replace responsibility,
- and dialogue remains possible even under extreme tension.

They protect not the framework itself, but the dignity and agency of all participants.

———

Final Sentence (intentionally clear)

Any application of this framework that violates these exclusions is, by definition, not an application of the framework.

———

Dokumentierter Zeitverlauf

Zeitraum nach Übermittlung

Dokumentierter Status nach Ablauf des vorgesehenen Beobachtungs- und Reflexionszeitraums:

- Keine Rückmeldung
- Keine inhaltliche Stellungnahme
- Keine dokumentierte Reaktion
- Keine erkennbare Anschlusskommunikation

———

Dokumentarischer Hinweis

Die Archivierung erfolgt chronologisch und zeitversetzt entsprechend der innerhalb des Projekts definierten Dokumentationsmethodik.

Die Darstellung dient ausschließlich der historischen Nachvollziehbarkeit dokumentierter Kommunikations- und Kopplungsversuche innerhalb institutioneller Wahrnehmungsräume.